

Handelsblatt



Transformation
BDI fordert 1,4 Billionen Euro für den Umbau der Industrie.
▶ 6

Energieversorgung
Warum die Gaspreise in Europa wieder steigen werden.
▶ 28

Immobiliencrash
Chinas Wohnungsmarkt öffnet sich jetzt auch für Ausländer.
▶ 30

EuGH-Urteil
Margrethe Vestagers später Sieg über Google und Apple.
▶ 21



Produktion bei BMW: „Einer der teuersten Rückrufe, die wir je hatten.“

Auto-Aktien brechen ein

Wegen fehlerhafter Bremsen muss BMW 1,5 Millionen Fahrzeuge zurückrufen. Das drückt den Gewinn – und die Börsenkurse der gesamten Branche.

Nach einer Gewinnwarnung von BMW sind am Dienstag die Aktienkurse aller deutschen Autohersteller eingebrochen. BMW muss wegen fehlerhafter Bremsen des Zulieferers Continental 1,5 Millionen Fahrzeuge zurückrufen und rechnet dafür mit Kosten in mindestens dreistelliger Millionenhöhe. „Das wird einer der teuersten Rückrufe, die wir je hatten“, hieß es in Unternehmenskreisen.

Nach einer Ad-hoc-Mitteilung des Konzerns gab der Kurs der BMW-Aktie zeitweise um mehr als acht Prozent nach. Continental verlor über neun Prozent. Ähnlich entwickelten sich die Papiere der Konkurrenten VW, Stellantis und Mercedes: Ihre Kurse sanken zwischen drei und fünf Prozent, obwohl sie nicht von den fehlerhaften Bremsen betroffen sind.

1,5

Millionen Autos muss BMW wegen fehlerhafter Bremsen zurückrufen.
Quelle: Unternehmen

„Die Autoaktien sind schon länger stark unter Druck“, sagt Marc-René Tonn, Analyst bei Warburg Research. „Die Gewinnwarnung von BMW hat Anlegern jetzt noch einen weiteren Risikofaktor vor Augen geführt: fehlende oder schadhafte Bauteile. Dazu kommen die schwächer als erwartet ausgefallenen Verkäufe in China.“ So brach der Absatz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren dort in den ersten sechs Monaten um zwölf Prozent zugunsten von Elektroautos ein.

Damit geraten die Margenziele vieler Hersteller unter Druck. BMW etwa rechnet mit einer Umsatzrendite von sechs bis sieben Prozent im laufenden Jahr, nachdem ursprünglich acht bis zehn Prozent geplant waren. Das Cashflow-Ziel der Münchener sinkt infolge des Rückrufs von sechs auf vier Milliarden Euro. ▶ 18

Migrationsgipfel endet ohne Einigung

Regierung will Schnellverfahren an der Grenze. Der Opposition reicht das nicht.

Im Spitzengespräch über eine bessere Kontrolle der Migration sind Opposition und Bundesregierung nicht vorankommen. Der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, kritisierte am Dienstag in Berlin, die vorgelegten Vorschläge zielten nicht auf zusätzliche Zurückweisungen, sondern auf beschleunigte Verfahren im Land. Sie würden damit den Herausforderungen nicht gerecht.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte zuvor einen Plan vorgelegt, um die irreguläre Migration an den deutschen Grenzen einzudämmen. Personen, die nicht zur Einreise berechtigt sind, sollen künftig schneller in die für sie zuständigen europäischen Staaten gebracht werden. Faeser schlägt Eilverfahren an den Grenzen vor: Sie seien rechtskonform. Die von CDU-Chef Friedrich Merz ins Spiel gebrachte Ausrufung des Notstands

soll es aber nicht geben. Hessens Innenminister Roman Poseck (CDU) sagte: „Wir brauchen eine wirkliche Trendwende. Dazu war die Ampel heute nicht bereit.“

Doch schon die bisher getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung drohen Streit in Europa auszulösen. Das deutsche Vorgehen sei inakzeptabel, sagte Polens Premierminister Donald Tusk. Das Schengen-Abkommen werde praktisch ausgesetzt. ▶ 4

Märkte

Dax
18.275 Pkt.
-0,91 %

MDax
25.091 Pkt.
-0,44 %

TecDax
3.249 Pkt.
-0,34 %

E-Stoxx 50
4.750 Pkt.
-0,61 %

Dow Jones
40.621 Pkt.
-0,51 %

Nasdaq
16.912 Pkt.
+0,16 %

S&P 500
5.476 Pkt.
+0,09 %

Nikkei
36.159 Pkt.
-0,16 %

Euro/Dollar
1,1016 US\$
-0,17 %

Gold
2.505,47 US\$
-0,04 %

Öl
72,01 US\$
-1,00 %

Dax Gewinner

1 Vonovia
+2,01 %
33,44 €

2 Qiagen
+1,17 %
41,44 €

3 Siemens Energy
+0,89 %
24,82 €

Verlierer

1 BMW
-10,54 %
69,46 €

2 Continental
-9,80 %
53,02 €

3 Mercedes-Benz
-4,70 %
55,50 €

Stand: 17:00 Uhr

Autohersteller

VW kündigt Jobgarantie

Die Führung des Autobauers Volkswagen hat am Dienstag die seit 30 Jahren geltende Beschäftigungssicherung aufgekündigt. Damit wäre der Weg ab kommendem Sommer frei für betriebsbedingte Kündigungen, wenn sich Management und Arbeitnehmer nicht vorher anders einigen. Der Schritt ist Teil eines Sparprogramms, das der kriselnde Autobauer wegen schwacher Margen aufgelegt hatte. Durch eine Klausel würden mit dem Ende der Jobgarantie die Löhne der rund 120.000 VW-Beschäftigten zunächst steigen. Personalchef Gunnar Kilian teilte intern mit, dass man die Tarifverhandlungen mit der IG Metall vorziehen wolle. ▶ 19

Corporate Governance

Investoren kritisieren Aufsichtsräte

Viele der einflussreichsten Aufsichtsräte der deutschen Wirtschaft sind nach Ansicht von Investoren nicht unabhängig. Das zeigt eine Analyse der neuen Regeln des Verbands DVFA, die dem Handelsblatt vorliegt. Betroffen sind etwa VW-Miteigentümer Wolfgang Porsche oder Ex-Siemens-Boss Joe Kaeser. Nicht unabhängig sind die Kontrolleure demnach, wenn sie Vertreter von Großaktionären, ehemalige Manager oder zu lange im Amt sind. „Das macht den Wirtschaftsstandort international nicht gerade attraktiver“, sagt Professor Michael Wolff, der die Analyse durchgeführt hat. ▶ 24

Manfred Knof

Commerzbank-Chef hört 2025 auf

Der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Manfred Knof, wird seinen Vertrag nicht verlängern. Das gab das Geldhaus am Dienstag per Ad-hoc-Mitteilung bekannt. Bis die aktuelle Vereinbarung im Dezember 2025 ausläuft, werde Knof aber weiterhin zur Verfügung stehen, hieß es weiter. Der Aufsichtsrat werde umgehend einen geordneten Suchprozess nach einem Nachfolger starten. Wenige Tage zuvor hatte die Bundesregierung angekündigt, ihre verbleibenden Anteile an der Bank sukzessive zu verkaufen. Knof führt die Commerzbank seit 2021.

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,50 €
Frankreich 4,20 € / 4,50 €
Großbritannien 4,00 GBP / 5,00 GBP
Schweiz 5,50 CHF / 6,50 CHF
Polen 23,00 PLN / 27,00 PLN

BMW Group, IMAGO/ZUMA Press Wire

Monatsabonnententel: 0211 987 3602
Handelsblatt Print + Premium: 79,80 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0211 987 3602
kundenservice@handelsblatt.com



PREIS 3,50 €

G 02531

Handelsblatt

Corporate Governance

Investoren zweifeln an Unabhängigkeit von Aufsichtsräten

Die neuen Richtlinien des Investorenverbands DVFA sind streng. Ein Drittel der führenden Dax-Kontrollreure gilt demnach als nicht mehr unabhängig – einige prominente Namen sind darunter.

Tanja Kewes Düsseldorf

Das „Positionspapier zur Unabhängigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Unternehmen“ kommt unscheinbar daher. Doch die darin formulierten Regeln des Investorenverbands DVFA haben es in sich.

Die Richtlinien betreffen einige der einflussreichsten Aufsichtsräte der deutschen Wirtschaft. Das zeigt eine Analyse von Michael Wolff, Professor an der Universität Göttingen, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt. Demnach gelten so prominente Vertreter ihrer Zunft wie die Granden von Volkswagen und Porsche, Wolfgang Porsche und Hans Piëch, Ex-Siemens-Boss Joe Kaeser, Ex-Allianz-Chef Michael Diekmann sowie der ehemalige BASF-Chef Kurt Bock als nicht mehr unabhängig.

Die Begründung der in dem Verband organisierten Investoren, zu denen führende Köpfe von Deka Investments, DWS Investment, Allianz Global Investors sowie Wissenschaftler wie Wolff gehören, ist dabei so einfach wie spektakulär. Aufsichtsräte sollten in vier Fällen nicht mehr als unabhängig gelten, nämlich wenn sie:

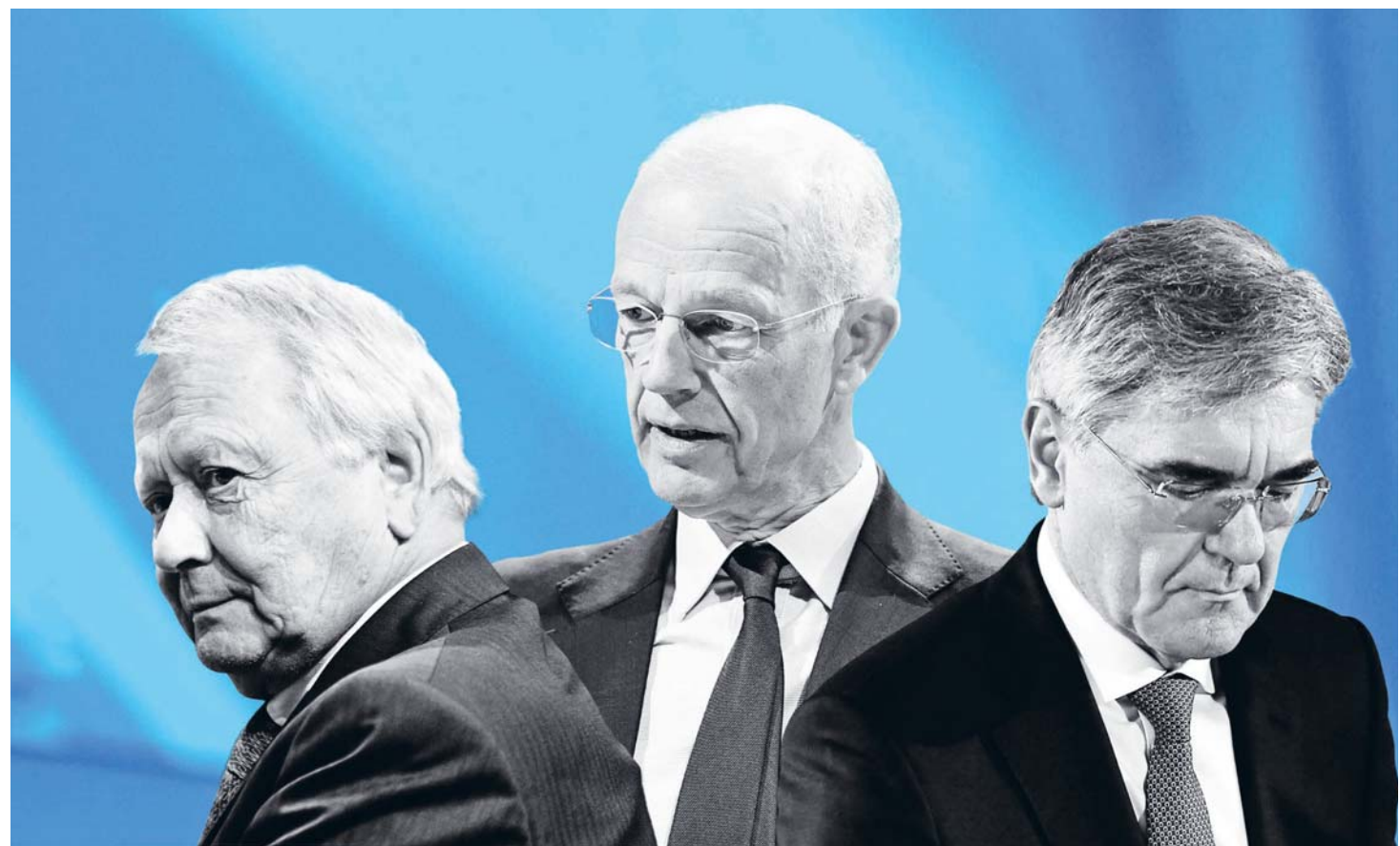
- länger als zehn Jahre in dem jeweiligen Gremium vertreten sind,
- Vertreter von Großaktionären sind, die direkt oder indirekt mehr als zehn Prozent des stimmberechtigten Aktienkapitals vertreten,
- ehemalige Vorstandsmitglieder sind, und zwar ungeachtet ihres zeitlichen Ausscheidens,
- ehemalige Abschlussprüfer, verantwortliche Prüfpartner oder frühere Vorstände von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind, die in der Vergangenheit mandatiert waren.

Die neuen Richtlinien des Investorenverbands DVFA sind damit deutlich strenger als die der Deutschen Corporate Governance Kommission. Ein Drittel der führenden Dax-Aufsichtsräte gilt danach als nicht unabhängig.

Kritisches Bewusstsein in eigener Sache erhöhen

„Im Anschluss an die diesjährige Hauptversammlung erschien es als günstiger Zeitpunkt, auch die Verantwortlichen in den Unternehmen an ihre Verantwortung für den deutschen Kapitalmarkt zu erinnern“, sagt Hendrik Schmidt, Corporate-Governance-Experte der DWS und Mitglied des Berufsverbands DVFA. Das aktualisierte Positionspapier sei eine sehr gute Referenz für Investmentmanager, auf das sich Vertreter führender Investmenthäuser jetzt geeinigt hätten und auf das sich am Markt nebenberufen werden könne.

Zudem, sagt Schmidt, habe der Berufsverband die Erwartung, dass sich Aufsichtsräte mit den neuen Richtlinien der Investoren auseinandersetzen. Gerade bei Neubesetzungen



Wolfgang Porsche, Kurt Bock, Joe Kaeser: Gelten beim DVFA nicht als unabhängige Aufsichtsräte.

Antje Stobbe von Allianz Global Investors: „Die Aufsichtsgremien sollen insgesamt mehrheitlich unabhängig sein.“



dürfe es keine Automatismen geben. Clara Streit, die Vorsitzende der Kommission, wollte sich auf Nachfrage nicht zu den neuen Kriterien des Berufsverbands äußern. Als unvereinbar gelten die Positionen von Kommission und DVFA aber nicht. Mit Ingo Speich etwa, dem Leiter Nachhaltigkeit und Governance von Deka Investments, gibt es ein Bindeglied. Er ist in beiden Gremien vertreten.

„Die Nachschärfung der Kriterien durch die Investoren war richtig und wichtig, um das kritische Bewusstsein der Mandatsträger in eigener Sache zu erhöhen“, erklärt Management-Professor Wolff. Er ist auch Mitglied des DVFA-Fachausschusses Governance & Stewardship. Die nun erstellte Analyse der Aufsichtsratsgremien und ihrer Mitglieder habe gezeigt, dass gerade viele sehr prominente und einflussreiche Aufsichtsräte der deutschen Wirtschaft von Investoren als nicht unabhängig angesehen würden, weil sie zu lange im Amt, Anteilseigner oder ehemalige Manager seien. Wolff ist sich sicher: „Das macht den Wirtschaftsstandort international nicht gerade attraktiver.“

Betroffen sind vor allem die Aufsichtsräte der Autodynamen Porsche und Volkswagen. Hans Piëch, Wolfgang Porsche, Hans Piëch und Ferdinand Porsche gelten danach als nicht mehr unabhängig – und das in mehrfacher Hinsicht. Zum einen sind sie Vertreter von Großaktionären, zum anderen sitzen sie häufig länger als zehn Jahre in den Gremien. Oder sie sind wie Piëch, der Mandate bei Porsche, Volkswagen und Traton hat, ehemalige

Topmanager der Konzerne Porsche und Volkswagen.

Die neuen Richtlinien sprechen auch einigen ehemaligen Topmanagern der deutschen Wirtschaft die Unabhängigkeit bei einzelnen Mandaten ab. Michael Diekmann etwa war viele Jahre Vorstandsvorsitzender der Allianz. Nach seinem Ausscheiden aus diesem Amt wartete er zwar die gesetzlich inzwischen vorgeschriebene sogenannte Cooling-off-Periode von zwei Jahren ab, bevor er sich in den

damit seit mehr als 25 Jahren die IT-Firmen United Internet AG und Bechtle kontrolliert, noch einmal mehr ins Visier der Investoren.

Aufgaben sollen sie ihre Ämter aber nicht – jedenfalls solange eines gesichert ist: „Die Aufsichtsgremien sollen insgesamt mehrheitlich unabhängig sein“, sagt Antje Stobbe, Head of Stewardship bei Allianz Global Investors. Das sei der Fall, so Stobbe weiter, wenn sowohl die Mehrheit der Anteilseignervertreter der Aufsichtsräte als unabhängig einzustufen sei als auch wichtige Positionen im Aufsichtsrat wie der Aufsichtsratsvorsitz und die Vorsitzenden der wichtigen Ausschüsse für Vorstandsvergütung und Prüfung die Kriterien zur Unabhängigkeit erfüllen.

Ein interessanter Fall ist in diesem Zusammenhang Georg Schaeffler. Er gilt als Familienmitglied und damit Vertreter eines Großaktionärs den neuen Richtlinien zufolge auch nicht mehr als unabhängig. Im Unterschied zu Wolfgang Porsche, Hans Piëch und Herbert Haas hat er das aber auch nicht von sich behaupten lassen – in den Angaben der von ihm kontrollierten Dax-Konzerne Continental, Schaeffler und Vitesco wird er nicht als „unabhängig“ klassifiziert.

Für Wissenschaftler Wolff ist klar: „Unternehmen sollten kritischer mit der Erklärung von Unabhängigkeit umgehen.“ Sie sollten nicht einzelne Aufsichtsräte für unabhängig erklären oder sich erklären lassen, wenn diese es nicht seien. Die Konzerne sollten vielmehr sicherstellen, so Wolff, dass Gremien in ihrer Gesamtheit als unabhängig einzustufen seien.

► Kommentar Seite 15

Ein ehemaliger Vorstand kann seine eigenen vor einiger Zeit getroffenen Entscheidungen nicht selbst unabhängig überwachen.

Michael Wolff
Management-Professor an der Universität Göttingen

Aufsichtsrat der Allianz wählen ließ. Doch das soll den DVFA-Investoren zufolge nicht mehr ausreichen.

Wolff ist überzeugt: „Ein ehemaliger Vorstand kann seine eigenen vor einiger Zeit getroffenen Entscheidungen nicht selbst unabhängig überwachen.“ Entsprechend gelten auch die ehemaligen Topmanager und heutigen Aufsichtsräte ihrer Konzerne Joe Kaeser (Siemens), Kurt Bock (BASF) und Herbert Haas (Hannover Re) für diese Mandate als nicht mehr unabhängig. Zudem geraten Grandseigneurs wie Kurt Dobitsch, der seit 1998 und

Kreative Zerstörung

Wenn Fledermäuse den Chipkrieg auf Eis legen

Microns Milliardenprojekt steht wegen einer Fledermaus still. Das stellt die Chipindustrie in den USA vor eine wichtige Frage.

Es ist ja immer so: Gerade dann, wenn man es überhaupt nicht gebrauchen kann, wird aus einem kleinen Problem ein ganz großes. Der US-Konzern Micron, einer der weltweit größten Chiphersteller, hatte im Frühjahr verkündet, ein Investment von 50 Milliarden Dollar in den US-Bundesstaaten Idaho und New York zu tätigen und dafür mehr als sechs Milliarden Subventionen aus dem US „Chips and Science Act“ zu bekommen. Da trat dieser kleine Geselle auf: das „Indiana Mausohr“.

Die nur vier Zentimeter große Minifledermaus aus der Familie der Glattnasen gehört zu den bedrohten Tierarten und hat dem Micron-Projekt einen empfindlichen Stüber verpasst. Im Zuge des für jedes industrielle Bauprojekt notwendigen Umweltprüfverfahrens ist das Projekt im Bundesstaat New York nun erst einmal auf Eis gelegt. Kein Baum darf bis November gefällt werden, wenn die Mausohren zum Überwintern in benachbarte Höhlen übersiedeln. Auf lange Sicht muss Micron zum Fledermaus-Habitat-Makler werden und einen neuen Lebensraum für die Flughündchen finden. Das Thema ist für Deutsche wenig überraschend. Hat beispielsweise die Bechsteinfledermaus doch bei uns diverse Autobahnprojekte (die A1, A20, A33) auf Jahre verzögert oder ganz zunichtegemacht.

Der Fall Micron aber ist spannend, weil er Teil eines geopolitischen Konflikts ist: des Chipkriegs zwischen den USA und China. Mit dem „Chips and Science Act“ will die Biden-Regierung dafür sorgen, dass die USA in der Chipherstellung autark werden. Warum das ein wichtiges industriepolitisches Thema ist, wis-

sen wir alle seit spätestens einem Jahr. Die Chips sind eine wesentliche Infrastrukturkomponente für alle Anwendungen der Künstlichen Intelligenz – wovon nicht zuletzt der sagenhafte Aufstieg des US-Chipkonzerns Nvidia zeugt.

Will man industriell unabhängig werden, muss man die eigenen Kapazitäten hochfahren. Genau das aber scheint selbst in den USA schwieriger als gedacht (von Europa reden wir mal lieber erst gar nicht). Die Welt, in der wir leben, ist sehr komplex geworden. Jede Entscheidung zugunsten eines Ziels geht womöglich einher mit einer Zulasten eines anderen.

In diesem Fall ist das Industriepolitik versus Umwelt- und Tierschutz. Nicht jeder sieht darin ein echtes Problem. Oder wie es der texanische Abgeordnete Michael McCaul auf den Punkt bringt: „Wenn China in Taiwan und bei TSMC einmarschiert, können wir keinen Papierkram zur Einhaltung der Umweltvorschriften ausfüllen.“ Das ist sicher zu kurz gesprungen, aber auch nicht ganz falsch. Denn TSMC, der taiwanische Chiphersteller, der etwa 90 Prozent der weltweiten Produktionskapazitäten für Chips auf sich vereint, ist ein Dorn im Auge der militärischen chinesischen Wiedervereinigungsziele mit Taiwan. Es gibt gute Gründe dafür, alles daranzusetzen, diese Technologie in den eigenen Grenzen produktions- und entwicklungsfähig zu machen.

Nun gibt es in den USA natürlich nicht nur Micron und das Warten auf neue Wohnverhältnisse für Fledermäuse. Es gibt auch Intel, den Chiphersteller mit Tradition, den die deutsche Regierung zum Bau einer 20 Milliarden Fabrik



In dieser Kolumne schreibt Miriam Meckel 14-täglich über Ideen, Innovationen und Interpretationen, die Fortschritt und ein besseres Leben möglich machen. Weitere Themen finden Sie unter www.join-ada.com.

nach Magdeburg locken will – mit zehn Milliarden Subventionen natürlich. Bei Intel aber läuft es gerade nicht gut. Nachdem CEO Pat Gelsinger Anfang August desaströse Zahlen vorgelegt hat, ist die Stimmung überall angespannt. Tausende Stellen sollen gestrichen werden, und die Bundesregierung fragt nervös nach, ob es denn wohl noch was wird mit der Industrieansiedlung.

Das gleiche Spiel in den USA: Noch im März hatte Präsident Biden ein 20 Milliarden Paket für Intel als Mix aus Subventionen und Darlehen aus dem „Chips and Science Act“ verkündet. Jetzt steht infrage, ob die Produktionspläne überhaupt noch Bestand haben. Das will die US-Regierung wissen, bevor Geld fließt. Intel aber braucht das Geld dringend, um überhaupt handlungsfähig zu sein. Derweil kann man auf dem Elektronikmarkt im chinesischen Shenzhen problemlos die leistungsfähigen N100-Chips von Nvidia kaufen. Das ist deshalb erstaunlich, weil sie nach den US-Ausfuhrbeschränkungen seit Herbst 2022 gar nicht mehr dorthin geliefert werden dürfen.

Diese Gemengelage zeigt: Große industriepolitische Fragen können nicht immer in optimaler Abwägung aller Einzelaspekte gelöst werden. In schwierigen Zeiten gilt es, schwierige Entscheidungen zu treffen, bei denen eine Wertebewägung notwendig ist. Was wir gerade erleben, ist ein Katz-und-(Fleder)Maus-Spiel um die Zukunft einer der wichtigsten geopolitischen Technologieentwicklungen. Manch einer möchte sich am liebsten in eine Höhle legen und überwintern, bis jemand das Problem gelöst hat. Das wird spätestens zur neuen Saison ein böses Erwachen.

Abnehmspritzen

Steigende Nachfrage nach Straffungs-Operationen

Diätspritzen wie Wegovy und Mounjaro sorgen für einen schnellen Gewichtsverlust. Das bringt Schönheitschirurgen neue Kundschaft.

Maika Telgheder Frankfurt

Fett weg, Bauch weg: Die hohe Nachfrage nach Abnehmspritzen verändert die Arbeit der Schönheitschirurgen. Immer mehr Patientinnen und Patienten fragen nun nach Straffungsoperationen, berichtet die Deutsche Gesellschaft für Ästhetisch-Plastische Chirurgie (DGÄPC).

In einer Umfrage der DGÄPC gaben mehr als 30 Prozent der Mitglieder an, dass sich vermehrt Patienten nach erfolgreichem Gewichtsverlust durch eine Abnehmspritze einer sogenannten „liftingchirurgischen Operation“ unterziehen. Dabei ging es meistens um eine Bauchdeckenstraffung, gefolgt von Brust-, Oberarm- und Innenbeinstraffung.

„Die Abnehmspritzen erfahren immer mehr Zuspruch, da es Menschen zu Gewichtsverlust mit schnellen Erfolgen verhilft und keine starke Willenskraft erfordert, die zum Beispiel bei einer strengen Diät erforderlich wäre“, sagt Helge Jens, der als Facharzt für Plastische und Ästhetische Chirurgie arbeitet und Präsident der DGÄPC ist. Denn die Wirkstoffe in den Abnehmspritzen Wegovy des dänischen Unternehmens Novo Nordisk und Mounjaro des US-Konzerns Eli Lilly hemmen ein Darmhormon. Sie verlan-

gen das Sättigungsgefühl und stoppen den Hunger. So können Menschen bis zu 20 Prozent ihres Körpergewichts verlieren. Der starke Gewichtsverlust wiederum führt dazu, dass sich gerade bei Menschen mit schwachem Bindegewebe überschüssiges Gewebe nicht von allein wieder zurückbildet.

Der Bauch, aber auch andere Körperregionen wie die weibliche Brust, die Oberarme oder die Innenschenkel seien betroffen. „Zudem verliert auch das Gesicht an Volumen und sieht dadurch teilweise stark gealtert aus“, sagt Jens. In Amerika, wo der Hype um die Abnehmspritzen vor zwei Jahren mit dem Diabetesmittel Ozempic des Herstellers Novo Nordisk begann, spricht man von „Ozempic-Faces“: eingefallene, schlaffe Gesichtszüge und Falten.

Aktuell ist die Oberlidstraffung die beliebteste Behandlung bei Patienten zwischen 18 und 80 Jahren, die den ästhetisch-plastischen Chirurgen aufsuchen. Knapp 15 Prozent der Eingriffe entfallen auf diese Kategorie, gefolgt von der Botox-Behandlung und der Faltenunterspritzung, zeigt die Verbandsstatistik. Die Bauchdeckenstraffung liegt derzeit nur auf Platz neun der gefragtesten Eingriffe, mit weniger als sechs Prozent Anteil. Das könnte sich bald ändern, denn laut Umfrage der DGÄPC rechnet die Mehrheit der



Abnehmspritze von Wegovy: Patienten müssen für die rund 300 Euro monatlich selbst aufkommen.

Mitglieder (knapp 60 Prozent) damit, dass die Nachfrage nach hautstraffenden Operationen über die kommenden Jahre weiter steigen wird, weil auch die Abnehmmedikamente immer mehr Zustimmung finden werden.

Zurzeit dominieren Novo Nordisk und Eli Lilly den Markt für diese sogenannten GLP1-Analoga, benannt nach dem Darmhormon, das sie hemmen. Laut einer Prognose der Unternehmensberatung Roland Berger dürfe allein der Umsatz der GLP-1-Medikamente dieser zwei Unternehmen von

49 Milliarden Dollar in diesem Jahr auf 93 Milliarden Dollar im Jahr 2030 steigen. Hinzu kommen zahlreiche Wettbewerber wie Roche, Boehringer Ingelheim und Pfizer, die ebenfalls Medikamente gegen Fettleibigkeit (Adipositas) in der Entwicklung haben.

Gerade bei stark übergewichtigen Menschen geht ein hoher Gewichtsverlust sehr häufig mit zurückbleibendem, erschlafftem Gewebe einher – entfernt werden kann das nur operativ. Aber auch die Tatsache, dass man nach einem Gewichtsverlust allgemein ein neues Lebensgefühl entwickle, treibe die Nachfrage nach Korrektur-Operationen, beschreibt Facharzt Jens den Trend. Häufig werde dann auch eine Fettabtragung (Liposuktion) nachgefragt. Abnehmspritzen haben nach Ansicht des Mediziners ein großes Potenzial – „wenn sie richtig angewendet werden und bei den Patienten, die sie nutzen, auch ein dauerhaftes Umstellen des Lebensstils erfolgt“. Sonst drohe wie im Prinzip bei allen Diäten ein Jo-Jo-Effekt.

Als offiziell zugelassene sogenannte „Lifestyle-Medikamente“ dürfen Wegovy und Mounjaro zur Gewichtsreduktion verschrieben werden, sie sind aber nicht erstattungsfähig. Patienten müssen für die rund 300 Euro Kosten monatlich selbst aufkommen.